

Dossier Wirtschaftspolitik
2015/08 | Oktober 2015

Die Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2015

„InEquality - Ungleichheit“



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autoren:
Mag. Sabine Brunner
Mag. Stephan Henseler
Thomas Kreidl, MSc
Mag. Magdalena Niederwieser
Mag. Katja Senger
Mag. Karin Steigenberger

+43 (0)5 90 900-4269
wp@wko.at

Fotocredit: Leithner/WKÖ

Inhaltsverzeichnis

1 Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2015	3
2 Dienstag, 01. September 2015	4
Eröffnung der Wirtschaftsgespräche 2015	4
Panel 1: Ungleichheit verstehen - eine empirische Bestandsaufnahme	5
Panel 2: Ungleiche Chancen - Ursachen, Auswirkungen und Interventionen	5
Sozialpartner-Talk mit Christoph Leitl und Rudi Kaske	7
3 Mittwoch, 02. September 2015	8
Panel 3: Wachsende Kluft von Besitz und Einkommen - ist (mehr) Umverteilung notwendig?	8
Polit-Talk mit Staatssekretär Harald Mahrer und Abg. z. NR Judith Schwentner	9
Arbeitskreis der WKÖ: Wirtschaftsbildung und Finanzbildung - was ist zu tun?	10
Arbeitskreis der WKÖ: Das Pensionssystem - gleichheitswidrig statt generationengerecht?	11
Arbeitskreis (von SAP): Win - Win?! Die Symbiose von Großunternehmen und Startups	12
Arbeitskreis (von Bertelsmann Stiftung und Julius Raab Stiftung): Soziale Ungerechtigkeit in Europa bewältigen	13
Arbeitskreis (von Microsoft Österreich): Neue Technologien - alte Ungleichheiten	14
Arbeitskreis (von BMWFW): Investitionslücke in Europa - wie Wachstum stärken?	15
4 Donnerstag, 03. September 2015	17
Panel 4: Was plant China? Wirtschaftspolitische Strategien abseits der Klischees	17
Panel 5: Wie wachsen oder nicht wachsen - das ist hier die Frage!	18
5 Links und Ausblick Alpbach 2016	20

1 Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2015

Im Rahmen des Europäischen Forum Alpbach 2015 fanden vom **1. bis 3. September** die **Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2015** zum Thema **„InEquality - UnGleichheit“** statt.

Fragestellungen und thematische Schwerpunkte der Wirtschaftsgespräche 2015, die wie im Vorjahr in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich und der Bundesarbeitskammer abgehalten wurden, waren u.a.:

- Wie viel Ungleichheit ist nötig, um wirtschaftliche Beziehungen zu intensivieren und die Konjunktur anzukurbeln?
- Wann wird aus einem vorteilhaften „gerade genug“ ein problematisches „zu viel“?
- Wo kann und soll die Wirtschaftspolitik intervenieren, wo nicht?

Bei den Alpbacher Wirtschaftsgesprächen gaben zahlreiche hochkarätige Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft einen Überblick über die ökonomischen Dimensionen von UnGleichheit und mögliche Folgen, die sich für die Wirtschaft, Gesellschaft oder jeden Einzelnen ableiten lassen.

2 Dienstag, 01. September 2015

Eröffnung der Wirtschaftsgespräche 2015

Nach einem künstlerischen Teil, einem von „wenn es soweit ist“ entwickelten performativen Spiel durch Raum und Zeit (inszeniert und durchgeführt durch die Künstler **Peter Ulrich Wolf** und **Jacqueline Kornmüller**) eröffnete Forum Alpbach Vizepräsident **Claus Raidl**, die Wirtschaftsgespräche zusammen mit den Mitveranstalter-Präsidenten **Christoph Leitl** und **Rudi Kaske**.

Claus Raidl betonte, dass das diesjährige Generalthema von viel Emotion und kontroversen Standpunkten geprägt sei, die im Zuge zahlreicher Arbeitskreise sowie Panel-Diskussionen aufbereitet werden würden.

Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, sieht den Ursprung von Ungleichheit auf der Makro-Ebene in der unterschiedlichen Entwicklung von Ländern. Unterschiedliche Demographie, unterschiedliche politische Systeme bzw. unterschiedliche Begabungen und Talente der Menschen ergäben eine Ungleichheit der Lebenschancen. Die Wirtschaft habe die globale Verantwortung, Bewusstsein zu schaffen und diese Unterschiedlichkeiten anzunähern. Ein gewisses Maß an Ungleichheit, so **Leitl**, müsse es in der Wirtschaftswelt geben, sie liege in der Natur der Sache: Ein gewisses Maß ist nötig, um unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen zu produzieren oder individuelle Talente zu fördern bzw. dient als Anreiz zur Leistung.

WKÖ Präsident Leitl: Gewisses Maß an Ungleichheit wirkt als potentieller Antrieb bzw. Anreiz.

Präsident **Leitl** wies in Hinblick auf die derzeitige Lage in Österreich bzw. in Bezug auf die österreichische Wirtschaft auf das hohe Ausmaß an Steuerbelastung und Umverteilung hin. In Österreich leiden Unternehmen unter der hohen Steuerlast. In Österreich kämen 10 % der Bestverdiener für 60 % aller Steuern auf und auch der „Tax Freedom Day“ zeige diese Ungleichheit auf. Der „Tax Freedom Day“ falle mittlerweile auf Mitte August und hat sich im Laufe der Zeit mehr und mehr nach hinten verschoben. So eine lange Zeit für den Staat (und nicht für sich) zu arbeiten, seien genug, so **Leitl**. Bzgl. der sozialen Dimension von Ungleichheit betonte **Leitl**, dass der Sozialstaat in Österreich erfolgreich Ungleichheit reduzieren und Menschen in Notlage helfen würde.

Leitl: Umverteilung und Belastungen durch Steuern in Österreich besonders ausgeprägt, v.a. Unternehmen leiden darunter.

Für **Rudi Kaske**, Präsident der Arbeiterkammer Österreich, liegt der Ursprung von Ungleichheit in nicht regulierten Märkten. Ungleichheit in Österreich, so **Kaske**, habe zugenommen und vor allem Einkommen seien ungleich verteilt. Dies könne nur durch staatliche Umverteilung beendet werden. In diesem Zusammenhang sei auch Bildung ein zentrales Thema, und es müsse bei der frühkindlichen Bildung angesetzt werden, um Ungleichheit nicht noch weiter wachsen zu lassen.

Kaske: Für Arbeiterkammer ist stärkere staatliche Umverteilung notwendig.

Panel 1: Ungleichheit verstehen - eine empirische Bestandsaufnahme

Michael Förster, Senior Policy Analyst in der Social Policy Division der OECD, präsentierte in seiner Eingangs-Keynote rezente Forschungsergebnisse der OECD in Bezug auf „UnGleichheit“. Förster nahm dabei zu verschiedenen Bereichen, die von Ungleichheit betroffen sind, Stellung.

In der Diskussion zu Gleichheit und Ungleichheit sei es erforderlich zu definieren, ob von Ergebnissen und Möglichkeiten, von „relativer“ oder „absoluter“ Ungleichheit oder von wirtschaftlicher Ungleichheit mit Konsequenzen in verschiedenen Bereichen gesprochen werde (Einkommen, Konsum, Staatshaushalt). Hauptsächlich werden Ergebnisse, „relative“ Ungleichheit und Einkommensungleichheit diskutiert, da in diesen drei Bereichen die größten Unterschiede zwischen den OECD-Ländern bestünden. Förster zeigte anhand bestehender OECD-Studien auf, dass Österreich z.B. bei Einkommensungleichheit wesentlich besser dastehen würde als viele andere OECD-Staaten. Als Gründe für Unterschiede nannte er u.a. die Veränderung im Konsumverhalten, den technologiebasierten Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft, die zunehmende Globalisierung sowie Regulierungen am Arbeitsmarkt.

Förster: Österreich steht bei Ungleichheit besser da als viele andere OECD Staaten.

Die Gesellschaft beschäftige sich aus sozialen, politischen, ethischen und wirtschaftlichen Erwägungen mit Ungleichheit, und die Frage nach dem Einfluss von Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum werde kontrovers diskutiert. Studien der OECD zeigen tendenziell, dass höhere Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum bremse und die Investitionen der unteren Mittelschicht in Ausbildung („skills“) sowie die soziale Mobilität behindere. Diese Situation gelte es zu analysieren und zu ändern, um die Wirtschaft in Hinblick auf Technologie und Arbeitsmarkt zukunftsorientiert lenken zu können. Als mögliche Politikmaßnahmen bzw. Empfehlungen der OECD erwähnte Förster u.a. die Förderung von Beschäftigung (und -squalität), bessere Bildung, eine Reform des Steuersystems und das Anheben der Frauenbeschäftigung.

Für OECD wirkt höhere Einkommensungleichheit bremsend auf das Wirtschaftswachstum.

OECD empfiehlt Förderung von Beschäftigung, bessere Bildung, Reform des Steuersystems.

Panel 2: Ungleiche Chancen - Ursachen, Auswirkungen und Interventionen

Die anschließende Diskussion widmete sich Ursachen, Auswirkungen und Interventionen im Zusammenhang mit Bildungszugang, Integration und sozialer Mobilität. Es diskutierten **John E. Roemer** (Yale University), **Alyssa Schneebaum** (WU Wien) sowie **Thomas Sattelberger** (ehemals Deutsche Telekom). Kurzfristig abgesagt hat der ehem. niederländische Sozial- und Arbeitsminister **Aart de Geus** (Vorsitzender der Bertelsmann Stiftung).

Die Teilnehmer diskutierten mögliche Auswirkungen von fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten am Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Gesellschaft. Zugleich suchten sie nach einer Antwort auf die Frage, welche strukturellen Veränderungen notwendig seien, um soziale Mobilität zu fördern und zugleich die Diskrepanz zwischen hoher Arbeitslosigkeit und unbesetzten Stellen zu beheben.

John E. Roemer wies darauf hin, dass „Verantwortlichkeit“ Einzug in die Markttheorie gehalten habe. Auswirkungen auf Individuen beruhen einerseits auf Umständen, die biologischer und sozialer Natur sind und von den Individuen selbst nicht beeinflusst werden können. Andererseits kommt es auf die sogenannten „Anstrengungen“ an, die auch „freiwillige Entscheidungen“ genannt werden. Allerdings dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass diese Anstrengungen auch von gewissen Umständen beeinflusst werden können. Darüber hinaus spielen Politik, Typ (also welchen Umständen das Individuum unterworfen ist), und die soziale Zielsetzung eine wichtige Rolle. Skandinavische Länder, so **Roemer**, zeichnen sich durch weniger Ungleichheit aus. Schnelles Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitsproduktivität und Chancengleichheit schließen sich daher nicht aus. Es sei daher auch nicht notwendig, Anreize durch hohes Arbeitseinkommen zu schaffen, sondern es würde reichen, wenn Menschen in ihrem Job Erfüllung finden. Wichtig seien die Weiterbildung von niedrig qualifizierten Arbeitnehmern und der Fokus auf die frühkindliche Bildung. **Roemer** erachtet eine gewisse Marktregulierung als notwendig, um Ungleichheit zu beseitigen.

Roemer: Skandinavier zeichnen sich durch weniger Ungleichheit aus.

Thomas Sattelberger betonte, dass der zentrale Punkt im Zusammenhang mit Chancengleichheit eine Machtfrage sei. Es dürfe nicht davon abhängen, welchen sozialen und biologischen Umständen man unterworfen ist. **Sattelberger** wies darauf hin, dass die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Eliten stark verstrickt seien. Darüber hinaus sei es wichtig „Diversity-Aspekte“ in die Bildung einzuspielen. „Diversity“ bedeute auch Ungleichheit in einem positiven Sinn. Man müsse den Unternehmen Zeit geben, die Vorteile zu erkennen und sich darauf einzustellen. **Sattelberger** strich jedoch heraus, dass er gesetzliche Regelungen als *ultima ratio* sehe. Zuerst müsse versucht werden, auf sozialpartnerschaftlicher Ebene eine Lösung zu finden.

Sattelberger: „Diversity“ als Ungleichheit im positiven Sinne.

Alyssa Schneebaum erklärte, dass man im Hinblick auf Chancenungleichheit zwischen zwei Aspekten unterscheiden müsse, einerseits dem sozialen Wunsch nach weniger Ungleichheit aus technischer Sicht und andererseits aus theoretischer Sicht. Theoretisch würden viele Menschen sagen, dass man keine Chancenungleichheit haben sollte. Allerdings betonte **Schneebaum**, dass man sich zuvor mit der Ergebnisgleichheit beschäftigen müsse. Es herrsche jedoch nicht der gesellschaftliche und politische Wille, die Gesellschaft gleicher zu machen als sie bereits ist. Darüber hinaus würden durch die Reduzierung von Ungleichheit enorme Kosten entstehen. Investitionen in Bildung, Medizin und Infrastruktur seien entsprechend teuer und würden diese Kosten auch niemals senken. Im Zusammenhang mit sozialer Mobilität verwies **Schneebaum** darauf, dass der Fokus auf der sozialen Mobilität innerhalb einer Generation, also innerhalb einer Lebensspanne liegen müsse. In unserer Gesellschaft gelte das Ideal, wenn man hart genug arbeite, könne man alles erreichen. Dieses Ideal werde nunmehr in Frage gestellt. Als Beispiel zog **Schneebaum** die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien heran. Wer mit 25 Jahren lange Zeit arbeitslos sei, habe auch für die Zukunft kaum Perspektiven. Die Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt biete große Chancen im Hinblick auf die Reduzierung von Ungleichheit. Kinder, die zuvor von ihren Müttern erzogen und betreut worden seien, würden nunmehr unabhängig von ihrer sozialen Herkunft schon in frühen Jahren Zugang zu Ausbildung haben.

Schneebaum: Bildung und stärkere Frauenbeschäftigung als Mittel zur Reduktion von Ungleichheit.

Sozialpartner-Talk mit Christoph Leitl und Rudi Kaske

In der Diskussion der Präsidenten dominierten die Themen Wachstum, Arbeitsmarkt und Bildung.

Christoph Leitl strich hervor, dass sich die Sozialpartner besonders für Maßnahmen einsetzen, die Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bringen sollen. Hier hat Österreich zuletzt an Boden verloren: Österreich ist in der Arbeitsmarktstatistik der EU nur noch auf Rang 6. Beim Wirtschaftswachstum befinde sich Österreich ebenfalls am unteren Ende, während die Schulden weiter steigen würden. Die Indikatoren zeigen somit nach unten, ebenso wie diverse Standortrankings. Gleichzeitig zeigen Analysen von Institutionen wie IHS, WIFO oder Rechnungshof, wo Reformbedarf besteht. Auf Grund all dieser Entwicklungen und fehlender Reformen würden es künftige Generationen noch schwerer haben, so **Leitl**, was einer enormen Ungleichheit zwischen den Generationen entsprechen würde. Positiv sei aber, dass Österreich immerhin über so viel Beschäftigung wie nie zuvor verfüge. Neben 2,5 Mio. Beschäftigten allein in Österreich arbeiten rund 1 Mio. Beschäftigte in österreichischen Niederlassungen im Ausland.

Die Sozialpartnerschaft müsse sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen, so **Leitl**, weg von einem Verteilungsdanken hin zu einem „Standortdenken“ kommen (also weg von einer Verteilungspartnerschaft hin zu einer „Standortpartnerschaft“). Wenn es dem Standort Österreich gut gehe, betonte **Leitl**, könne man auch alle Wachstums- und Wohlstandsziele erreichen.

Rudi Kaske betonte, dass Österreichs Schulden in erster Linie auf den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise beruhen. Auf dem Arbeitsmarkt herrsche ein Verdrängungswettbewerb. Der Schlüssel für die Zukunft der Wirtschaft sei Bildung, daher legen die Sozialpartner auch großen Wert auf frühkindliche Bildung. Trotz Höchstbeschäftigung von 3,5 Mio. Personen müsse man hinzufügen, dass es sich hierbei um viele Teilzeitbeschäftigte handle (wobei, so **Leitl**, ein großer Anteil zufrieden mit ihrer Jobsituation sei). Davon seien hauptsächlich Frauen betroffen. In diesem Zusammenhang müsse man sich in Österreich auch die Frage stellen, wie künftig die sozialen Sicherungssysteme finanziert werden sollen. Ein Lösungsansatz aus Sicht von **Kaske** sind dabei Vermögens- und Erbschaftssteuern, denen Präsident **Leitl** vor dem Hintergrund der bereits hohen Steuer- und Abgabenbelastung und den möglichen Folgen für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich eine Absage erteilte.

Präsident **Leitl**: Trotz Rekordbeschäftigung verschlechtert sich Österreich bei diversen Makrozahlen und ausgewählten Standortrankings.

Institutionen mahnen Reformen ein.

Leitl: Sozialpartnerschaft muss sich weg von einer Umverteilungspartnerschaft hin zu einer Standortpartnerschaft entwickeln.

Kaske: Schlüssel für Österreichs Zukunft ist Bildung.

Kaske: Rekordbeschäftigung in Österreich auch durch hohe Teilzeit bedingt.

3 Mittwoch, 02. September 2015

Panel 3: Wachsende Kluft von Besitz und Einkommen - ist (mehr) Umverteilung notwendig?

Das dritte Panelgespräch hatte die Thesen von Thomas Pikettys viel diskutiertem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ als Ausgangspunkt. Die zentrale Frage war, ob die Vorschläge Pikettys zu extrem sind, denkbare Handlungsanweisungen darstellen oder ob es Alternativvorschläge gäbe.

Giacomo Corneo (Freie Universität Berlin) stellte in einer Präsentation sein Konzept von „Sovereign Wealth Funds“ (SWF) vor. Er betonte, dass Einkommens- und Wohlstandskonzentration Europa als „good society“ bedrohen würden. Das Problem sei strukturell, deshalb nicht nur aktuell greifbar. Kapitalbesteuerung in hohem Ausmaß, wie von Piketty gefordert, sei ineffektiv, da es nicht möglich ist, diese international zu steuern. Besteuerung muss bei Primärkapital eingesetzt werden. Da es die allgemeine Sichtweise ist, dass „realer Sozialismus“ mehr als gescheitert ist, ist ein pragmatischer evolutionärer Ansatz notwendig. Hier kommt **Corneo** auf sein Konzept der SWF zu sprechen, das seiner Meinung nach Ungleichheit abfedern könne. Durch die Bildung eines „Public Capital Stocks“ soll „Equity“ erworben werden und von einem SWF verwaltet werden. Dieser soll unabhängig von staatlicher Intervention agieren und transparent sowie sozial verantwortlich arbeiten (es gehe ihm aber nicht um Enteignung von Privatfirmen). In diesem Zusammenhang wird der SWF von Norwegen als Beispiel genannt. Aus dem SWF solle, so **Corneo**, für jeden Bürger eine sogenannte „social dividend“ ausgeschüttet werden.

Corneo: Einkommens- und Wohlstandskonzentration bedroht Europas Gesellschaft.

Corneo: Konzept der „Sovereign Wealth Funds“ als neues Mittel zur Abfederung von Ungleichheit?

Daniel Stelter (Autor und Ökonom) betonte in seinem Statement, dass (ungleiche) Wohlstandsverteilung ein Symptom und nicht die Grundlage des Problems sei. Anhand des Beispiels Aktien erläutert **Stelter**: Aktienpreise steigen deshalb, weil diese durch geliehenes Geld finanziert werden. Die Investition in Aktien wird als Mittel zum Wohlbau bezeichnet. Er betonte, dass wir (öffentlicher Sektor und private Haushalte) generell ein Schuldenproblem hätten, vor allem auch durch das hohe Ausmaß an privaten Schulden. Diese können nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden. Unser Währungssystem und auch der Immobilienmarkt würden über Schulden finanziert werden.

Stelter: Öffentlicher Sektor und private Haushalte haben großes Schuldenproblem.

Corneo entgegnete, dass Schulden eine Schlüsselrolle in der Entwicklung von Haushalten, KMUs etc. hätten. Schulden seien in diesem Fall sogar teilweise ein positiver Aspekt unseres Systems, natürlich seien aber zu viele Schulden ein Problem, was auch in der letzten Finanzkrise sichtbar wurde. **Corneo** betonte zusätzlich, dass eben nicht nur der Schuldenstand ausschlaggebend sei, ob eine Situation für ein Land problematisch ist oder nicht. Auch Technologie, Marktstruktur, öffentliche Regulierung und Marktregulierung spielen eine zentrale Rolle.

Stelter betonte, dass der Finanzsektor einen negativen Einfluss auf die Realwirtschaft habe. Bezüglich Schulden betonte er, dass diese als „productive debts“ als positiver Aspekt anzusehen seien, solange sie zurückgezahlt werden können. Durch Spekulation alleine wird dies aber äußerst fragwürdig. Grundsätzlich sind Schulden über 60 % des BIP für **Stelter** schon „out of control“. Eine Senkung der Schulden (öffentlicher und privater) würde, so **Stelter**, gleichzeitig auch Ungleichheit reduzieren.

Stelter: Schulden über 60 % des BIP, wie in vielen EU-Staaten, seien schon exzessiv hoch.

Polit-Talk mit Staatssekretär Harald Mahrer und Abg. z. NR Judith Schwentner

Presse-Chefredakteur **Rainer Novak** - bezugnehmend auf die vorherige Diskussion zu Schulden - begann die Diskussion mit der Frage an BMWFW-Staatssekretär **Harald Mahrer**, ob Schuldenabbau kein Thema mehr für die ÖVP sei. **Mahrer** entgegnete, dass der derzeitige Schuldenstand in Österreich problematisch sei, dass aber dzt. Investitionen nach wie vor notwendig sind, um zu garantieren, dass Österreich weiterhin wettbewerbsfähig bleibt.

Mahrer: Investitionen essentiell, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Judith Schwentner (Sozialsprecherin der Grünen) gab zu bedenken, dass Schulden dann gut seien, wenn etwas in Bewegung gesetzt wird, d.h. etwa im Gesundheitsbereich und Bildung, da dort die Bereiche anzutreffen sind, in denen neue Jobs geschaffen werden. Laut **Schwentner** sind Schulden dann nicht notwendig, wenn nichts mehr in der Realwirtschaft ankommt, d.h. wenn keine Gleichheit geschaffen wird.

Schwentner: Öffentlicher Bereich macht zu wenig Schulden, z.B. bei Gesundheit und Bildung!

Mahrer gab zu bedenken, dass man nicht zwischen guten und schlechten Schulden unterscheiden könne. Es wurden und werden zu viele Schulden für die nächste Generation angehäuft. Ein struktureller Umbau des Steuersystems sei notwendig. Die Republik müsse in die Lage versetzt werden, damit man mit den drängenden Problemen umgehen kann, vor allem auf europäischer Ebene. Ein Kernproblem sei auch die Debatte zwischen Risiko und Kapitalsteigerung. Dabei gebe es keine simplen Antworten. Für **Schwentner** könnten „Sovereign Wealth Funds“ (wie von **Corneo** vorgestellt) eine Möglichkeit darstellen. Für sie muss vorrangig das Auskommen der Bürgerinnen und Bürger gesichert sein, da es viele Menschen gäbe, die nicht mehr „mitkommen“. Dieser Umstand sei auch global beeinflusst. Diesen instabilen Verhältnissen muss durch sozialstaatliche Initiativen entgegengesteuert werden.

Mahrer: Egal welche, Schulden gehen zu Lasten künftiger Generationen. Struktureller Umbau des österreichischen Steuersystems ist Gebot der Stunde.

Schwentner: Auskommen aller Bürger sollte Ziel sein.

Nowak stellte die Schlussfrage, ob das Land seit 30 Jahren „unsozialer“ wird. **Judith Schwentner** betonte, dass Ungleichheit größer wurde, obwohl Zahlen angeblich was anderes sagen. Die Kluft wird laut **Schwentner** größer. Das Gefühl der Ohnmacht treibe die Menschen europaweit in die Arme von Populisten. **Mahrer** gab zu bedenken, dass es die Statusangst der Europäer sei, die wie ein Hinderungsgrund für weitreichende Änderungen wirken würde.

Schwentner: Ungleichheit und Kluft wurde größer, auch wenn Zahlen was anderes sagen.

Mahrer: In Österreich herrscht Angst vor Veränderungen.

Arbeitskreis der WKÖ: Wirtschaftsbildung und Finanzbildung - was ist zu tun?

Anna Maria Hochhauser, Generalsekretärin der Wirtschaftskammer Österreich, betonte einleitend die enorme Relevanz einer entsprechenden Wirtschafts- und Finanzbildung, sowohl im beruflichen als auch im privaten Kontext. Die Wirtschaftskammer Österreich engagiere sich in diesem Zusammenhang ganz besonders und biete beispielsweise das Programm „Unternehmerführerschein“ mittlerweile flächendeckend an österreichischen Schulen an. Ein ausreichendes Wirtschaftswissen sei die Basis für ein erfolgreiches Unternehmertum, Innovation, produktive sowie hochqualifizierte Arbeitnehmer und letztendlich für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Generalsekretärin Hochhauser: Wirtschaftskammer engagiert sich bei Wirtschafts- und Finanzbildung. Adäquates Fachwissen als Basis für erfolgreiches Unternehmertum.

Bettina Fuhrmann (Professorin an der WU Wien) präsentierte die Ergebnisse einer neuen Studie, in der 432 Schülerinnen und Schüler am Ende der Sekundarstufe I (13 bis 14 Jahre; 4. Klasse AHS und NMS) befragt wurden. Die Studie wurde im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich durchgeführt. Die Studienergebnisse gliedern sich in einen qualitativen und einen quantitativen Teil. Aus dem qualitativen Teil der Studie lässt sich ableiten, dass Schülerinnen und Schüler zwar durchaus gerne über Wirtschaft sprechen, insbesondere über das Thema Geld. Den Schülerinnen und Schülern ist jedoch nicht bewusst, wie sehr sie Teil der Wirtschaft sind und in wie vielen Bereichen sie Berührungspunkte mit ihr haben. Es fällt den Schülerinnen und Schülern auch schwer zu erklären, was man unter „Wirtschaft“ versteht oder warum wir wirtschaften. Generell bewerten die Schüler die Rolle des Staates in der Wirtschaft als sehr wichtig. Aus dem quantitativen Teil der Studie, bei dem das Wirtschafts- und Finanzwissen anhand von Aufgaben abgefragt wurde, lässt sich ableiten, dass die Schülerinnen und Schüler im Schnitt von 25 Aufgaben nur 11,2 richtig lösen können. Dabei basieren diese Aufgaben auf mehreren bereits erprobten Instrumenten zur Messung von ökonomischer Bildung in dieser Altersgruppe. Den Befragten dürfte ihr mangelndes Wissen im Bereich Wirtschaft durchaus bewusst sein, da sie bei der Selbsteinschätzung ihres Wirtschafts- und Finanzwissens selbst sehr skeptisch sind und sich kein gutes Zeugnis ausstellen.

Fuhrmann: Studie zeigt, dass Schüler Kenntnisse im Wirtschaftsbereich als wichtig erachten, dennoch ist das faktische Wissen zum Teil stark verbesserungswürdig.

Schüler stellen sich zum Teil selbst ein schlechtes Zeugnis aus.

Fuhrmann leitet aus den Studienergebnissen ab, dass die ökonomische Bildung der Jugendlichen in der achten Schulstufe schwach ausgeprägt ist, abhängig davon, wie sehr und in welcher Qualität „Wirtschaft“ im Unterricht thematisiert wird und ob die Jugendlichen zu Hause etwas darüber erfahren. Da die Jugendlichen am Ende der Sekundarstufe I sowohl über ihre weitere Schulausbildung und ihre berufliche Orientierung eine Entscheidung zu treffen haben, gleichzeitig auch bald wahlberechtigt sind, erscheinen die Wissens- und Verständnislücken dramatisch. Die Ergebnisse erlauben auch Implikationen für die Weiterentwicklung von ökonomischem Unterricht und belegen, dass sowohl die Qualität als auch die Quantität von ökonomischer Bildung in den Sekundarstufen I und II erhöht werden sollten.

Andrea-Rosalinde Hofer, OECD-Expertin aus dem Bildungsbereich, hob hervor, dass ökonomische Bildung sowie das Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen zu den grundlegenden Lebenskompetenzen gehöre und kritisches sowie systemisches Denken fördere, daher möglichst frühzeitig entwickelt werden sollte. Durch spezifische Unterrichtsmaterialien, Lehreraus- und -weiterbildung und innovative Unterrichtsformate könnten bestehende Defizite auch zeitnah behoben werden. Zielführend ist für die Expertin ein progressiver Ansatz, in dem die Grundsteine für eine solide finanzielle Allgemeinbildung bereits in der Vorschule gelegt werden.

Hofer: Für OECD gehört wirtschaftliche und finanzielle Allgemeinbildung zu den grundlegenden Lebenskompetenzen, die gestärkt gehören.

Bundesschulsprecher **Lukas Faymann** ortete im Bereich der Wirtschafts- und Finanzbildung Handlungsbedarf. Da Schüler aktiv am Wirtschaftsgeschehen teilnehmen, sei es umso wichtiger, ihnen schon möglichst früh eine große Bandbreite an Finanz- und Wirtschaftswissen mitzugeben. Hier sieht **Faymann** insbesondere die Schulen gefordert. Die grundlegenden Kompetenzen müssen in der Schule einem jeden Kind bzw. Jugendlichen vermittelt werden. Nur so könne die starke Ungleichheit im Wissenstand reduziert und das Wissensniveau erhöht werden.

Bundesschulsprecher **Faymann**: Auch Schülervertretung ortet Handlungsbedarf bei Wirtschafts- und Finanzbildung.

Bernhard Heinzlmaier, österr. Jugend- und Trendforscher, hob in seinem Statement den Umstand hervor, dass unsere Gesellschaft längst zu einer Marktgesellschaft geworden sei. Märkte bestimmen unser Leben, und wer die Märkte nicht verstehe, könne in Zukunft nicht zu den Erfolgreichen gehören. Interesse und Wissen im Wirtschafts- und Finanzbereich sei daher immens wichtig und sollte allen Jugendlichen im ausreichenden Maß vermittelt werden.

Heinzlmaier: Wer Märkte nicht versteht, kann nicht zu den Erfolgreichen gehören.

Peter Bosek, Vorstandsmitglied der Erste Bank, betonte als Ziel, in einer immer komplexer werdenden Wirtschaftswelt den Menschen die Zusammenhänge noch näher zu bringen. Das beeinflusse auch die eigenen Entscheidungen für die Geldanlage.

Bosek: Wirtschaftswelt wird immer komplexer.

Hier knüpfte auch **Martin Taborsky**, Gruppenleiter Finanzbildung in der Oesterreichischen Nationalbank, an. Der Experte für Finanzbildung merkte an, dass ein Finanzmarkt nur stabil sein könne, wenn die Bevölkerung in Finanzfragen auch kompetent handelt und Bescheid weiß.

Taborsky: Finanzmarkt nur stabil, wenn ausreichend Finanzwissen der Bevölkerung vorhanden.

Arbeitskreis der WKÖ: Das Pensionssystem - gleichheitswidrig statt generationengerecht?

Alexia Fürnkranz-Prskawetz, Professorin für Wirtschaftsmathematik an der TU Wien, zeigte die Herausforderungen für Österreich durch die demografische Entwicklung auf. Bezüglich des längeren Verbleibs im Erwerbsleben sprach sie sich dafür aus, Anreize zu setzen und diese besser zu vermitteln. Sie zeigte sich skeptisch gegenüber starren Altersgrenzen. Es müsse davon abgegangen werden.

Fürnkranz-Prskawetz: Demografische Entwicklung Österreichs als große Herausforderung für das Pensionssystem.

Präsident **Christoph Leitl** forderte, dass es im Pensionssystem nicht zu Beitragserhöhungen kommen dürfe. Der Umfang der staatlichen Zuschüsse dürfe mittel- bis langfristig nicht noch stärker steigen. Hinsichtlich der Bedeutung der Arbeit sei ein Umdenken notwendig: Statt einer Flucht aus der Arbeit in den vorzeitigen Ruhestand müsse Arbeit als sinnstiftend begriffen werden: „Arbeitsfreude statt Arbeitsleid.“ Und es brauche stärkere Anreize, um länger zu arbeiten.

Präsident Leitl: Bedeutung der Arbeit muss sich in Österreich ändern.

Stärkere Anreize für längeres Arbeiten notwendig.

Bundesminister **Rudolf Hundstorfer** hielt fest, dass er eine Zukunftsdiskussion führen wolle. Es gebe kein Pensionssystem, das in Stein gemeißelt ist. Das Pensionssystem stehe in einem permanenten Veränderungsprozess. Die von Präsident **Leitl** gewünschte Pensionsautomatik lehne er ab. Sozialminister **Hundstorfer** meint, dass Politiker dann keine Entscheidungen mehr treffen müssten. Das österreichische Pensionssystem sei gesichert, wenn die Beschäftigung hoch bleibe und die Beschäftigten später in Pension gehen würden.

Hundstorfer: Pensionssystem ändert sich ständig.

Hundstorfer: Pensionssystem sicher, wenn Beschäftigung hoch bleibt und länger gearbeitet wird.

Bert Rürup, Präsident des Handelsblatt Research Institute und renommierter Pensionsexperte, bemängelte die fehlende Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionssystems. Die Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters sei nicht die Lösung, denn entscheidend sei die Anhebung des gesetzlichen Antrittsalters. Das niedrige Frauenpensionsalter in Österreich sei eine Diskriminierung der Frauen. Es mindere deren Karrierechancen und verhindere höhere Pensionen. Die in Deutschland bereits erfolgte Anhebung des Pensionsantrittsalters habe nicht zu den vorher befürchteten Folgen auf Arbeitslosigkeit geführt. Ein solcher behauptete Anstieg der Arbeitslosigkeit sei empirisch falsch, so **Rürup**.

Rürup: Entscheidend ist die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters, das Anheben des Frauenpensionsantrittsalters. Es ist ein Mythos, dass eine Abhebung zu höherer Arbeitslosigkeit führt.

Herbert Rohrmair-Lewis, Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft, verlangte massive Strukturreformen im Pensionsbereich. Diese sollen und müssen umgesetzt werden, damit mehr Mittel für wichtige Investitionen in Bildung, F&E, Familien oder Digitalisierung zur Verfügung stehen. Die Junge Wirtschaft fordere mehr Reformtempo, denn weiteres Zuwarten verschärfe die Situation nur unnötigerweise.

Rohrmair-Lewis: Massive Strukturreformen im Pensionsbereich in Österreich notwendig.

Wirtschaftsforscher **Ulrich Schuh** unterstützte die Forderung nach weiteren Reformschritten und sprach sich für einen erschwerten Zugang zur Frühpension, einer Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters ohne statistische Verschönerung sowie eine raschere Anhebung auch des Frauenpensionsalters aus. Die bisher von der Politik in Österreich gesetzten Maßnahmen seien nicht ausreichend, um das Pensionssystem nachhaltig zu stabilisieren, so **Schuh**.

Schuh: Erschwerter Zugang zu Frühpensionen, Erhöhung des faktischen Antrittsalters und Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters notwendig.

Arbeitskreis (von SAP): Win - Win?! Die Symbiose von Großunternehmen und Startups

Wolfgang Anzengruber (Verbund) wies in seinem Eingangsstatement auf die revolutionäre Entwicklung im Energiesektor und die Energiewende hin. Die zunehmende Digitalisierung belebe und beschleunige die Wirtschafts- und Arbeitswelt und es werde immer schwieriger am Ball der Zeit zu bleiben. Formen der Unterstützung durch Großunternehmen seien notwendig, um gegenseitig voneinander zu lernen und den „Kleinen“ eine Entwicklungsmöglichkeit geben zu können. Jedoch kann eine Symbiose nicht in allen Bereichen funktionieren. So sei es vor allem im Vertrieb für Großunternehmen nicht möglich, entwickelte Prozesse und Perfektionen zu ändern, da das Risiko eines Verlusts schlichtweg zu groß sei.

Anzengruber: Digitalisierung beschleunigt Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Christian Kern (ÖBB) betonte, dass es zukünftig immer weniger Großunternehmen geben werde. In Hinblick darauf könnten (und müssten) Großunternehmen von kleineren Start-Ups profitieren, um ihre Strukturen an die Entwicklung anzupassen. Zur Änderung von bestehenden Prozessen und Strukturen erklärte er aber, dass dies für große Unternehmen nach jahrelangem Erfolg äußerst schwierig sei, da Unternehmen in diesen Strukturen wachsen und zum Erfolg kommen - eine nachträgliche Änderung sei zwar in vielen Fällen notwendig, jedoch praktisch leider undurchführbar.

Kern: „Große“ und „Kleine“ können und sollen voneinander lernen.

Birgit Hofreiter (TU Wien) beleuchtete das Thema aus Sicht der Forschung und der Universitäten. Sie wünsche sich eine bessere Unterstützung, Zusammenarbeit und Interesse der Großunternehmen an Forschungsergebnissen der Universitäten. Die Kooperation von großen Unternehmen mit den heimischen Universitäten sei wichtig, um die Studenten und Absolventen im Inland zu halten. Es sei eine Tendenz der Studenten hin zu innovativen, neuen und kleineren Unternehmen zu bemerken. Andererseits wollen Studenten ihre Ideen auch in Großunternehmen einbringen und dort „gehört“ werden.

Hofreiter: Kooperation zwischen Unternehmen und Universität wichtig.

Ali Mahlodji (Whatchado GmbH) schilderte die Gründungsgeschichte von Whatchado und das Problem schnell wachsender Start-Ups, die relativ schnell vor fehlenden Strukturen und Prozessen stehen. Gründen bedeute ein Risiko einzugehen, so **Mahlodji**. Trotzdem ermutigte er alle Teilnehmer mit einer innovativen und spannenden Idee, den Schritt einer Unternehmensgründung zu wagen, denn nur so könne ein Umdenken in der österreichischen Gesellschaft erreicht und die Angst vor Versagen und Scheitern überwunden werden.

Mahlodji: Schnell wachsende Start-ups fehlt es rasch an Strukturen und Ressourcen. Gründen heißt auch, Risiko auf sich zu nehmen.

Alexander Rinke (Mitbegründer der Celonis GmbH) charakterisierte die fehlende Expertise in Bezug auf Unternehmensführung und -prozesse als eines der größten Probleme von Start-Ups. In Österreich seien nicht die Talente, Ideen oder die Ausbildung ein Hindernis am Gründen, sondern der (fehlende) Mut ein Risiko einzugehen, das möglicherweise nicht belohnt wird. Zur Investitionskultur in Österreich merkte er an, dass diese zu zurückhaltend und wenig „aggressiv“ sei.

Rinke: Fehlende Expertise der Unternehmensführung oft ein Problem für Start-ups.

Markus Noga (SAP SE) schilderte die Gründung und Entwicklung von SAP und beschrieb ebenso das Problem von Start-Ups beim Wachsen: die fehlenden Strukturen und Prozesse. Deshalb sei eine Partnerschaft mit Großunternehmen wichtig und notwendig, weshalb SAP auch Forschungspartnerschaften mit regelmäßig neuen Modulen anbiete. Für ihn sind die vier Voraussetzungen für ein erfolgreiches Start-Up: Talent, Mut, Kapital und Daten.

Noga: Partnerschaft mit Großunternehmen wichtig für Start-ups.

Alexa Wesner, US-Botschafterin in Österreich, beschrieb als Teilnehmerin des Arbeitskreises, dass amerikanische Universitäten, die Relevanz von „venture capital“ und viele Investoren als Treiber für Start-Ups in den USA dienen würden. Der Vorteil des Silicon Valleys sei die Lebendig- und Schnelllebigkeit und die Möglichkeit von Mitarbeitern, schnell zwischen Start-Ups wechseln zu können. Um das Erfolgsprinzip des Silicon Valley auch in anderen Regionen zu etablieren, sei es wichtig, die örtlichen Ressourcen zu entdecken und diese zu nützen. Vor allem in der Einstellung zum „Scheitern“ unterscheiden sich Österreich und die USA sehr deutlich. In den USA, so **Wesner**, kann Scheitern auch „positives mit sich bringen“, da es Erfahrung bringe.

Wesner: Universitäten, Venture Capital und Investoren als Treiber für Start-up Szene in den USA.

Arbeitskreis (von Bertelsmann Stiftung und Julius Raab Stiftung): Soziale Ungerechtigkeit in Europa bewältigen

Stefan Empter (Bertelsmann Stiftung) eröffnete den interaktiven Arbeitskreis damit, dass der in die Runde fragte, was momentan falsch läuft in. Was ist der richtige Politikmix um sozialer Ungerechtigkeit entgegenzuwirken?

Als Ausgangspunkt für diese Frage wurde die Studie der Bertelsmann Stiftung „Social Injustice in Europe“ verwendet, deren Hauptaussagen von **Daniel Schraad-Tischler** präsentiert wurden. Die länderübergreifende Studie bezieht sich auch auf eine Aussage von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der ein soziales AAA-Rating als Ziel bezifferte, von dem Europa aber weit entfernt sei. Es sei notwendig vonseiten des Staates und der Gesellschaft, aktiv in gleiche Möglichkeiten für jeden Bürger zu investieren. Die Dimensionen, die in die Studie einfließen, sind Armutsprävention, gerechte Bildungsmöglichkeiten, Zugang zum Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit und Generationengerechtigkeit.

Anschließend wurden die Ergebnisse präsentiert, bei denen vor allem die skandinavischen Länder, Österreich, die Niederlande und Tschechien mit Top-Werten beziffert wurden. Jedoch sei ein negativer Trend in allen Ländern erkennbar, verstärkt in den Ländern des europäischen Südens (Griechenland, Spanien). Auch sei eine fehlende Balance zwischen den Generationen festzustellen; Armutsbekämpfung ist ebenfalls in Südeuropa gesunken. Nur im Bereich Bildung seien keine großen Unterschiede erkennbar. Jugendarbeitslosigkeit stellt für ganz Europa ein steigendes Problem dar, wiederum verstärkt in Südeuropa, Langzeitarbeitslosigkeit wird vermehrt zum strukturellen Problem.

Schraad-Tischler: Österreich bei sozialer Ungerechtigkeit mit Skandinavien, den Niederlanden und Tschechien unter den Top-Ländern in der EU.

Die drei Keynote-Speaker und Kleingruppenleiter, der ehemalige EU-Kommissar **László Andor**, Staatssekretär **Harald Mahrer** und WKÖ-Vizepräsidentin **Martha Schultz** präsentierten in Kurzstatements ihre Sichtweisen zu den Problemlagen in Europa und was für sie notwendig sei, um die Bedingungen grundlegend zu ändern, was zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Europa führen soll. Dabei wurden von allen grundlegende Verbesserungen im Bildungsbereich gefordert, die Unterstützung für UnternehmerInnen und der Schutz der Schwächsten der Gesellschaft.

WKÖ-Vizepräsidentin Schultz und Staatssekretär Mahrer: Grundlegende Verbesserungen im Bildungsbereich notwendig.

Abschließend wurden in Kleingruppen mit den Keynote-Speakern und den Mitarbeitern der Bertelsmann- und Julius-Raab-Stiftung die zentralen Fragen zu Ungleichheit in Europa besprochen und Lösungsvorschläge ausgearbeitet, die von je einem Stipendiaten präsentiert wurden. Alle Kleingruppen kamen zum Schluss, dass es notwendig sei, gleiche Startbedingungen für alle Europäer zu garantieren. Dies muss durch das Bildungs- und Gesundheitssystem geschehen. Auch sei es notwendig, so die Kleingruppen, dass Unternehmertum und Kreativität unterstützt sowie honoriert werden sollen.

Gleiche Startbedingungen für alle wichtig.

Bildung soll verbessert, Unternehmertum unterstützt und Kreativität gefördert werden.

Arbeitskreis (von Microsoft Österreich): Neue Technologien - alte Ungleichheiten

Staatssekretär **Harald Mahrer** betonte, dass der Wohlstand und die zunehmende Digitalisierung eine Chance für Wirtschaft und Innovation sei. Österreich müsse auf dem digitalen Markt schnell reagieren und seine Ressourcen nützen. Die „digitale Kluft“ werde immer größer, weshalb vor allem (aber nicht nur) im frühkindlichen Alter und in der Ausbildung sowie in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen angesetzt werden müsse. Um den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver zu machen, sei eine Änderung des unternehmerfeindlichen „mind-sets“ hin zu mehr Mut, Spirit und Risiko notwendig. Die Veränderungskraft der neuen Technologien sei groß, weshalb Innovationen in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik notwendig seien. Die bedürfe qualitätsvoller „Priorisierungsdebatten“ zwischen der Bevölkerung und der Politik und eines Ausverhandelns im öffentlichen Raum. In Hinblick auf das Europäische Forum Alpbach 2016, das „Aufklärung 2.0“ als Generalthema haben werde, wünsche er sich eine neue Form des Denkens in Politik und Gesellschaft.

Mahrer: Digitalisierung als Chance für Wirtschaft und Innovationen.

Standort Österreich braucht Paradigmenwechsel in Richtung mehr Mut, Unternehmergeist und Risikobereitschaft.

Valerie Höllinger (BFI Wien) stellte klar, dass das technologische Know-How mittlerweile die 4. Kernkompetenz sei und die digitale Kluft immer größer werde. Diese gilt es zu verkleinern, wofür eine Zusammenarbeit zwischen Führungskräften und Arbeitnehmern auf Augenhöhe notwendig sei. Es müsse bei der jungen Generation sehr früh angesetzt und durch spielerisches Lernen technologisches Know-How vermittelt werden. Es bestehe zwischen den einzelnen Bildungsschichten ein großer Unterschied in der Nutzung moderner Technologien.

Höllinger: So früh wie mögliche technische Fertigkeiten und Know-How vermitteln.

Um die „digitale Kluft“ zu verringern, sei eine Allianz von Wirtschaft und Bildung notwendig.

Johannes Kopf (AMS) wies darauf hin, dass durch die zunehmende Digitalisierung zwar zum Teil Arbeitsplätze verloren gingen, die geleistete Arbeitszeit jedoch trotzdem steige und andere Arbeitsplätze wiederum geschaffen würden. Die „digitale Kluft“ sei entstanden, weil die höher gebildete Schicht besser mit der Digitalisierung umgehen konnte. Dies gelte es nun durch eine Reform des Bildungssystems zu korrigieren. Neue Technologien und Digitalisierung müssten in alle Ausbildungsfächer integriert werden, da in sämtlichen Berufsfeldern digitale Kompetenzen unerlässlich seien.

Kopf: Digitalisierung muss in allen Ausbildungsfächer und Berufsfeldern eine Rolle spielen.

Richard Grasl (ORF) hielt fest, dass die Digitalisierung auch massive Veränderungen für die Medienwelt mit sich bringe. Es sei notwendig, sich an diese Veränderungen anzupassen und dazu u.a. einen Vergleich mit anderen Ländern anzustellen. Der ORF stelle sich zunehmend auf die neuen Technologien ein und plane Kooperationen, um innovativen Start-Ups eine Hilfestellung zu geben. Um die „digitale Kluft“ zu verändern sei eine Änderung des „mind-sets“ erforderlich, bei der sich der ORF durch die breite Erreichbarkeit der Bevölkerung beteiligen würde.

Grasl: Medienwelt stellt sich laufend neuen Technologien.

Peter Hermann (Microsoft Österreich) zeigte vier Trends auf, die Unternehmen in Zusammenhang mit neuen Technologien beschäftigen: Mobilität, „cloud-business“, große Datenmengen und direktes Feedback durch soziale Medien. Es gelte neue Strategien zu entwickeln, um mit diesen Herausforderungen umzugehen, da schon jetzt ein IT-Fachkräftemangel zu bemerken sei. Es müsse dringend parallel auf mehreren Ebenen gearbeitet werden, um das Image der IT-Berufe zu verbessern. Durch „Reverse-Mentoring“ Programme und „best-practice“ Beispiele müsse die Technologie sowohl in kleinen Betrieben als auch in Großunternehmen laufend in Arbeitsprozesse eingebaut werden. Anhand von Negativbeispielen könnten die Folgen der mangelnden Auseinandersetzung mit Technologie und Digitalisierung aufgezeigt werden.

Hermann: Dem IT-Fachkräftemangel begegnet werden muss.

Arbeitskreis (von BMWFW): Investitionslücke in Europa - wie Wachstum stärken?

Wilhelm Molterer (Vizepräsident der EIB) stellte zunächst den Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) vor und erklärte die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB). Er wies mehrmals darauf hin, dass die EIB als Bank im Eigentum der Mitgliedsstaaten Finanzierung bereitstelle, die Projekte müssen jedoch aus den Mitgliedsstaaten kommen und es müssen gute, wirtschaftliche tragfähige Projekte sein. Gleichzeitig müssen auch die Mitgliedsstaaten daran arbeiten, das Investitionsklima zu verbessern und notwendige Strukturreformen durchzuführen; dies könne nicht von Brüssel aus erledigt werden, so **Molterer**.

Molterer: EFSI nur bei funktionierenden nationalstaatlichen Projekten erfolgreich.

Europa kann nicht für Mitgliedsstaaten Reformen durchführen.

Peter Stephens (UK Department for Business) erläuterte Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionen aus Sicht von Großbritannien und wies insbesondere auf die Notwendigkeit von Bildung und Innovation hin. Auch das regulatorische Umfeld müsse verbessert werden, um Investitionen anzukurbeln.

Stephens: Regulatorisches Umfeld beeinflusst Investitionen.

Gerbert Kunst (Niederländisches Wirtschaftsministerium) holte etwas weiter aus und erläuterte, dass die EU bei vielen großen Belangen verstärkt an einem Strang ziehen müsse. Der europäische Binnenmarkt habe noch enorm viel Wachstumspotential, und seine vollständige Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten müsse oberste Priorität haben. Dies sei die Grundlage für mehr Wachstum und mehr Investitionen in Europa. Die Schwerpunkte der Juncker-Kommission für die nächsten Jahre - digitaler Binnenmarkt, Energie-Binnenmarkt und Kapitalmarktunion - schaffen die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Investitionen in der EU.

Kunst: Binnenmarkt - auch digitaler - mit viel Wachstumspotenzial.

Barbara Kolm (Präsidentin des Hayek Instituts) forderte ein klares Bekenntnis zur Marktwirtschaft, mehr Eigenverantwortung und mehr Leistungsprinzip. Das würde ihrer Ansicht nach dem Vertrauen Auftrieb verleihen und letztendlich die Investitionstätigkeit anstoßen. Zudem wies sie auf die sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich hin: Österreich verliere an Standortattraktivität und sei während der letzten Jahre in vielen internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit zurückgefallen. Dem entgegenete der Moderator **Michael Losch**, dass Österreichs Wirtschaft in der Vergangenheit von externen Effekten - insbesondere des EU-Beitritts und den Osterweiterungen 2004 und 2007 - enorm profitiert hätte und auch relativ besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen sei, als die meisten andere Staaten.

Kolm: Auch Rankings zeigen, dass Österreich an Standortattraktivität verliere.

4 Donnerstag, 03. September 2015

Panel 4: Was plant China? Wirtschaftspolitische Strategien abseits der Klischees

Die Moderatorin **Verena Nowotny** (Gaisberg Consulting) nahm als Ausgangspunkte für die Diskussion die aktuellen Turbulenzen des „Shanghai Stock Exchanges“, die damit einhergehende Berichterstattung in den internationalen Medien sowie die nun zwei Jahre dauernde Präsidentschaft von Xi Jinping. Es wurde schon von einem verlorenen Jahrzehnt gesprochen, von neuer Macht der Zentralgewalt. Die Frage sei, ob die Ziele von Herrn Xi gefährlich sind.

Nowotny: Chinafrage auf Grund rezenter Entwicklungen sehr aktuell.

Im Panelgespräch wurden die aktuellen makro- und mikroökonomischen Bedingungen der Volksrepublik besprochen und durch Beispiele der TeilnehmerInnen dargelegt.

Sitao Xu (Deloitte China) betonte dass die aktuelle Situation nicht mit den „Turbulenzen“ Ende der 1990er Jahre zu vergleichen sei. China habe sich verändert. Eine Aktie ist laut ihm ein ernst zu nehmender Cash Flow, ein Analysefaktor. Für viele Chinesen ist eine Aktie momentan aber nicht mehr als ein „Chip“. Deshalb sei für ihn der Aktienmarkt aktuell eher wie ein Kasino zu betrachten. Es gibt auch zu viele Menschen, die Aktien besitzen. Er betonte weiters, dass der Wechselkurs des Yuan für eine zu lange Zeit zu hoch war. China reformiert seinen Finanzsektor und man muss sich vor Augen halten, was in den letzten 20 Jahren geschehen ist und was solche Reformen in anderen Ländern ausgelöst hätten. Xu betonte, dass Reformen eine lange Zeit brauchen, damit Verbesserungen eintreffen. Der Aktienmarkt zerstört laut Xu Werte, er schafft keine. Es muss auf lange Sicht mehr als nur den Aktienmarkt geben. China hat sich zu einer „the winner takes it all“-Gesellschaft entwickelt, wie etwa die USA in der Vergangenheit. Wenn man den Vergleich mit der Vergangenheit zieht, muss man sagen, dass China früher eher wie Nordkorea war und dass trotz aller entstandenen Ungleichheit das heutige China einer Situation wie Nordkorea in jedem Fall vorzuziehen sei. Jedoch sei zu schneller Wandel gefährlich für eine Gesellschaft, jedoch ist auch klar, dass Planwirtschaft ebenfalls nicht funktioniert. Vor allem nicht, wenn man eine Marktwirtschaft sein will. Der Unterschied zwischen Gegenwart und der Vergangenheit ist, dass China nicht mehr unwichtig ist. Jede Aktion von China ist wichtig und dies sollten die Länder der westlichen Hemisphäre wertschätzen.

Xu: China befindet sich im schnellen Wandel.

Marc Szepan (Mercator Institute for China Studies in Berlin) widmete sich in seinem Statement der Wahrnehmung Chinas als Wirtschaftsstandort und der aktuellen Entwicklung des Landes. Laut Szepan sind die Zeiten von Niedriglöhnen und billig produzierten Produkten vorbei: China ist auf dem Weltmarkt ein anerkannter und führender Produzent von Hochtechnologie geworden. Die technologische Entwicklung wird durch chinesische Konzerne vorangetrieben. Hervorragende Software-Ingenieure und Tech-Manager kosten in China dasselbe wie in den USA. China ist auch kein Junior-Partner mehr: China ist nicht mehr ein Konsument von Investitionen, sondern agiert selbst als Investor. Eine Reihe von Erfolgsgeschichten sind durch das Engagement chinesischer Investoren möglich geworden. In Bezugnahme auf den GINI-Koeffizienten bemerkt Szepan, dass ersichtlich ist, dass die Lebensbedingungen für jeden in China gestiegen sind. Ungleichheit hat in China jedoch eine Reihe von Gesichtern, vor allem strukturelle Faktoren sind ausschlaggebend. Eine Ungleichheit der Chancen ist nach wie vor vorhanden: Land vs. Stadt und Küsten vs. innere Provinzen. Einige werden natürlich schnell reich, aber die Regierung tut einiges dafür, die strukturellen Bedingungen für alle zu verbessern.

Szepan: China hat sich vom Billiglohnland zu einem Hochtechnologieproduzenten und Technologieführer entwickelt.

Ungleichheit der Chancen bestehen in China.

Marie So (The Go Corporation, Hong Kong) betonte, dass China gewillt sei, in High-Tech zu investieren. Internetverbindungen würden in den nächsten zwei Jahren mit 160 Mrd. USD verbessert. Frau So betonte, dass das Ziel sei, „Made in China“ als ein Produkt zu positionieren, das für Qualität steht. Die Strategie dafür ist, offensiv die westlichen Märkte zu penetrieren. Dies ist natürlich durch kulturelle Unterschiede eher schwierig, dazu braucht es Partner, die Know-How liefern können. Dabei geht es vor allem darum, Wissen bezüglich Branding und Kontaktaufnahme herzustellen, denn dies ist kulturell sehr unterschiedlich. Unterschiedliche Bedingungen benötigen eine gewisse Anpassung und das geschieht bereits in vielen Fällen. Es gibt bereits viele Erfolgsgeschichten, bei denen chinesische KMU mit europäischen Kleinbetrieben zusammenarbeiten. Durch den harten Wettbewerb in China streben einige Unternehmen (vor allem im Bereich der Mobilität) gen Westen, da auch der finanzielle Hintergrund gegeben ist.

So: „Made in China“ soll in Zukunft vermehrt für Qualität stehen.

Dafür braucht China aber Partner, auch in Europa.

Axel Kühner (Greiner Holding AG) beschrieb in seinem Statement die Gründe und Notwendigkeiten für einen österreichischen Konzern, wie der Greiner Group, in China tätig zu sein. Für Kühner stellt sich nicht die Frage nach dem ob, man muss einfach dort sein, auch aus strategischen Gründen. Er betonte unumwunden, dass es eine Reihe von klaren Hindernissen gibt, denen sich ein europäisches Unternehmen stellen muss. Eines ist die klare Hierarchie, durch die man nie auf einer Ebene mit einem chinesischen Konkurrenten sein kann. Er nennt beispielsweise die Dauer, die benötigt wird, um ein Produkt zulassen zu können. Zur aktuellen Lage der Wirtschaft sagt er, dass für ihn der Immobilienmarkt am ehesten gefährdet ist, eine Investitionsblase zu bilden. Er erinnerte an die Parallelen zur spanischen Situation. Als zentralen Punkt für die Beteiligung am Wirtschaftsleben in China nannte er, dass es notwendig sei, Teil des „Netzwerkes“ zu sein. Auch er betonte, dass man den Kunden verstehen muss, der komplett unterschiedlich wie der europäische Kunde ist. Hier ist eine Parallele zur Situation von Frau So zu erkennen. Das größte Risiko für Kühner ist, dass Produkte „good and affordable“ sind. Europäische Produkte können oftmals als „over-engineered“ betrachtet werden, vor allem da es eine große Zahl an Menschen des Mittelstandes gibt, die günstige Produkte bevorzugen, die den allgemeinen Ansprüchen genügen. Dies kann als hinderlich für einen Markteintritt gesehen werden.

Kühner: Unternehmen müssen einfach in China präsent sein, auch aus strategischen Gründen.

Panel 5: Wie wachsen oder nicht wachsen - das ist hier die Frage!

Im Abschlusspanel der Alpbacher Wirtschaftsgespräche 2015 diskutierten drei junge Europäer mit drei Vertretern der Wirtschaft bzw. internationaler Organisationen über Wirtschaftswachstum und Zukunftsstrategien für Europa:

- **Anna Handschuh**, CEO von elephant strategy
- **Georg Kopetz**, Unternehmer, TTTech Computertechnik AG
- **Mathilde Mesnard**, Beraterin des Generalsekretärs der OECD
- **Gunilla Almgren**, Unternehmerin und Präsidentin der UEAPME
- **Reiner Hoffmann**, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- **Wilhelm Molterer**, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank

Mesnard vertrat den Standpunkt, dass die europäische Wirtschaft ausgewogener wachsen müsse und der Fokus auch auf „Wohlbefinden“ gelegt werden müsse. Dazu sei eine gleichmäßige Verteilung von Wohlstand, „inklusive Wachstum“ und lebenslanges Lernen erforderlich. Ein effektiverer Sozialdialog könne das politische System wandeln und die Frage, was für mehr Wohlbefinden getan werden müsse, beantworten.

Mesnard: Wohlbefinden und ausgewogenes Wachstum soll mehr in Fokus rücken als nur reines Wirtschaftswachstum.

Kopetz betonte in seinem Statement die Bedeutung der Nachhaltigkeit in der sozialen Marktwirtschaft und stellte klar, dass „smart capital“ und eine Reform des Steuersystems für die Verbesserung des Gründungsumfelds unerlässlich seien. Der „Entrepreneur“ müsse sich im Zentrum der Aufmerksamkeit befinden. Die Definition von „KMU“ sei nicht mehr zeitgemäß, vielmehr soll der Fokus auf Wachstumsunternehmen („growth companies“), die die Treiber bei Innovation und Wachstum sind, sowie auf deren verstärkte Kooperation mit kleineren Unternehmen, liegen. Diese Veränderung müsse auf nationaler Ebene beginnen und sich auf die EU und ihre Strukturen ausbreiten. **Kopetz** forderte die Gewerkschaften auf, ihre Strategien angesichts der Digitalisierung dringend neu zu definieren: Die fortschreitende Digitalisierung wird Arbeitsplätze in traditionellen Bereichen verdrängen, diese Entwicklung sei auch durch Streiks nicht zu stoppen. Umso wichtiger sei es, Menschen verstärkt die Möglichkeit zu geben, neben Arbeitseinkommen auch Erträge aus Kapital zu erwirtschaften (diese sollten zu „shareholder“ werden) und dies vielmehr als Chance zu sehen. Außerdem müsse das Steuersystem reformiert werden.

Kopetz: Reform des Steuerumfelds unumgänglich für Verbesserung des Gründerumfelds.

Gewerkschaften müssen Strategien im Lichte der Digitalisierung adaptieren.

Handschuh stellte die Frage nach der Zielsetzung des Juncker-Plans - v.a. vom ökologischen Blickwinkel - und die Maßnahmen der europäischen Politik, um diese Ziele zu erreichen. Ihrer Ansicht nach seien Innovationen *per se* nachhaltig. **Handschuh** kritisierte die Vorschläge der nationalen Regierungen für Projekte aus dem Juncker-Plan und unterstrich, dass der zunehmende Wettbewerb ein Problem („issue“) in Europa sei.

Handschuh: Zunehmender Wettbewerb in Europa erscheint bedenklich, auch aus ökologischen Gründen.

Molterer stellte klar, dass die Wirtschaft wachsen müsse, jedoch eine differenzierte Fragestellung notwendig sei: Welchen Effekt hat Wachstum auf Beschäftigung? Ist Wachstum nachhaltig? Kann Wachstum die Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern und Innovationen vorantreiben? Diese Fragen seien in einem ersten Schritt auf EU-Ebene zu klären und durch Investitionen in Bildung sowie Strukturreformen zu beantworten. Um den Juncker-Plan erfolgreich anzuwenden, sei unternehmerisches Denken erforderlich und müssten Produktivitätsniveaus gestärkt werden. Der Juncker-Plan sei eine Möglichkeit den EU-Ländern etwas zurückzugeben. Die Projekte müssten allerdings aus den Mitgliedsstaaten kommen und wirtschaftlich tragfähig sein. **Molterer** pflichtete **Kopetz** in Bezug auf die Gewerkschaften bei, indem er betonte, dass es falsch sei, sich nur auf die Arbeitseinkommen zu konzentrieren, da sich die Arbeitswelt gerade grundlegend verändert.

Molterer: Europa ist abhängig von Wachstum, Nachhaltigkeit durchaus aber ein Ziel - das eine schließt das andere nicht aus.

Investitionen in Bildung, unternehmerisches Denken und Reformen für Wettbewerbsfähigkeit notwendig.

Hoffmann definierte Nachhaltigkeit als einen Überbegriff von ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten. Nachhaltiges Wachstum müsse alles umfassen und der Fokus der Politik solle auf der Real- und nicht Finanzwirtschaft liegen. Gemäß **Hoffmann** seien die Strategien der Unternehmen von kapitalistischen, nicht nachhaltigen Ansätzen geprägt, was sich ändern müsse. Deshalb funktioniere auch Innovation nach Ansicht von **Hoffmann** nur durch Regulierung. Dem widersprach **Molterer** vehement. Der Wettbewerb solle nicht an erster Stelle stehen, sondern ein europäisches Konzept zur Überwindung von Ungleichheiten erarbeitet werden. Die Harmonisierung der nationalen Steuersysteme könnte nach Ansicht **Hoffmanns** solch ein Konzept sein (bei Senkung von Steuern auf Arbeit).

Hoffmann: Unternehmen agieren nach zu kapitalistischen und zu wenig nachhaltigen Strategien.

Überwindung von Ungleichheit wichtiger für DGB als Wettbewerb.

Almgren hielt abschließend fest, dass nicht die Frage nach generellem Wachstum, sondern nach der Art von Wachstum gestellt werden müsse. KMU sind nach wie vor das Rückgrat der europäischen Wirtschaft, weshalb gute Rahmenbedingungen für KMU entscheidend für mehr Wachstum in Europa sind, weil deren Innovation und Kreativität Wachstum fördere. Europa und seine Staaten müssen den richtigen Rahmen bieten.

Almgren: KMU sind Rückgrat der europäischen Wirtschaft und entscheidend für Wachstum, Innovation und Kreativität.

5 Links und Ausblick Alpbach 2016

Eine Übersicht der **WKÖ-Pressaussendungen** zu den Alpbacher Wirtschaftsgesprächen 2015 finden Sie unter:

https://www.wko.at/Content.Node/iv/presse/wkoe_presse/presseaussendung_n/pwk_ib_15_Europaeisches-Forum-Alpbach:-Alpbacher-Wirtscha.html

Alpbach im Jahr 2016:

Das Generalthema des Europäischen Forum Alpbach 2016 lautet „Aufklärung 2.0 - Vision und Realität“. Das Forum wird vom 17. August bis 2. September 2016 abgehalten, wobei die Wirtschaftsgespräche 2016 zwischen Dienstag, 30. August und Donnerstag, 1. September stattfinden.

Nähere Informationen finden Sie unter <http://www.alpbach.org>.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Dossiers
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort: Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung